

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 23

Dienstag, den 28. Januar 1919

47. Jahrgang

Der Ausfall der Preußenwahl.

1. Düsseldorf (21 Abgeordnete). Deutsche demokratische Partei 103 398 Stimmen (vorausichtlich 4 Sitze), Mehrheitssozialisten 264 478 Stimmen (vorausichtlich 10 Sitze), Christliche Volkspartei 27 315 Stimmen (vorausichtlich 2 Sitze), Sozialisten 24 996 Stimmen (vorausichtlich 1 Sitz), Deutsche Volkspartei 55 642 Stimmen (vorausichtlich 2 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 78 082 Stimmen (vorausichtlich 3 Sitze), 12 Kreise fehlen noch.

2. Stadt Berlin (21 Abgeordnete). Es fehlen noch 32 Stimmbezirke. Bisher wurden gewählt: 957 915 gültige und 2 161 ungültige Stimmen. Für die demokratische Partei wurden 144 353 Stimmen abgegeben, für die sozialdemokratische Partei 332 786 Stimmen, für die Unabhängigen 287 750 Stimmen, für die deutschnationale Volkspartei 93 364, für die christliche Volkspartei 51 601, und für die deutsche Volkspartei 51 062 Stimmen. Nach der vorläufigen Berechnung der Wahlkreise wird auf die Unabhängigen 6, auf die Demokraten 3, und auf den Rechtsblock 5 Sitze entfallen, von denen die deutschnationale und die christliche Volkspartei je 2 und die deutsche Volkspartei einen Sitz erhalten wird. Es ist jedoch anzunehmen, daß der noch fehlenden Ergebnisse noch eine Verteilung dergestalt möglich, daß den Mehrheitssozialisten 8 Sitze und dem Rechtsblock nur 4 zufallen.

6. Reg.-Bez. Frankfurt a. O. (12 Abgeordnete). Vorläufiges Wahlergebnis: Mehrheitssozialisten 127 371, Deutschnationale Volkspartei 61 429, Deutsche demokratische Partei 49 821, Deutsche Volkspartei 8929, Christliche Volkspartei 3502, Unabhängige 1251 Stimmen. Die Wahlberechtigten sämtlicher bürgerlichen Parteien sind verbunden. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen waren keine Offenverbinder eingegangen. Es fehlen noch die Ergebnisse aus ungefähr 300 Stimmbezirken.

10. Reg.-Bez. Oppeln (22 Abgeordnete). Amtliches Wahlergebnis: Zentrum 315 394 Stimmen (11 Sitze), Mehrheitssozialisten 189 454 Stimmen (7 Sitze), Unabhängige 52 278 Stimmen (2 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 47 154 Stimmen (1 Sitz), Deutsche demokratische Partei 35 459 Stimmen (1 Sitz).

12. Reg.-Bez. Magdeburg (12 Abgeordnete). Amtliches Wahlergebnis: Deutsche demokratische Partei 147 555 Stimmen (4 Sitze), Deutsche Volkspartei 20 930 Stimmen (1 Sitz), Deutschnationale Volkspartei 61 148 Stimmen (1 Sitz), Christliche Volkspartei 10 676 Stimmen (keinen Sitz), Mehrheitssozialisten 363 205 Stimmen (7 Sitze), Unabhängige Sozialisten 20 320 (keinen Sitz). 25 kleinere Bezirke, die das Ergebnis nicht ändern, stehen noch aus.

14. Provinz Schleswig-Holstein (16 Abgeordnete). Amtliches Ergebnis: Mehrheitssozialisten 333 651 Stimmen (8 Sitze), Unabhängige 19 347 (keinen Sitz), Deutsche demokratische Partei 195 035 Stimmen (5 Sitze), Deutsche Volkspartei 51 928 Stimmen (1 Sitz), Schleswig-holsteinische Arbeiter- und Landarbeitervolkspartei 61 754 Stimmen (1 Sitz), Deutschnationale Volkspartei 55 410 Stimmen (1 Sitz), Christliche Volkspartei 7295 Stimmen (keinen Sitz).

18. Reg.-Bez. Arnberg (24 Abgeordnete). Amtliches vorläufiges Wahlergebnis im Wahlkreis Arnberg (die eingeklammerten Zahlen sind die der Nationalwahl): Mehrheitssozialisten 404 450 (479 02), Zentrum 257 168 (228 158), Deutschnat. und Deutsche Vpt. 149 307 (177 095), Deutsche Demokraten 84 966 (115 692), Unabhängige 45 285 (59 152).

Es entfallen also voraussichtlich auf die Sozialdemokraten 10 Mandate, auf das Zentrum 7, die Deutsche Volkspartei 4, die Deutsche demokratische Partei 2 und auf die Unabhängigen 1 Mandat.

20. Reg.-Bez. Köln-Machen (19 Abgeordnete). Vorläufiges amtliches Wahlergebnis: Christliche Volkspartei 114 936 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 62 085 Stimmen, Deutsche Volkspartei 15 638 Stimmen, Deutsche demokratische Partei 27 684 Stimmen, Mehrheitssozialisten 108 996 Stimmen, ungültig 903 Stimmen. Insgesamt haben gewählt 276 827 Stimmen gegenüber 311 181 Stimmen am 19. Januar.

Weitere Teilergebnisse. Dortmund-Stadt. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis: Unabhängige 3730, Deutsche demokratische Partei 10 326, Zentrum 33 523, Mehrheitssozialisten 58 478, Deutsche Volkspartei 18 263.

Dortmund-Land. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis: Mehrheitssozialisten 33 525, Zentrum 17 815, Deutsche Volkspartei 6 603, deut-

sche demokratische Partei 3 833, unabhängige sozialistische Partei 3 637, ungültig 196 Stimmen.

Mülheim: Mehrheitssozialisten 18 631, Zentrum 11 123, Deutsche Volkspartei 9 563, deutschnationale Volkspartei 4 773, Demokraten 3 674.

Overhausen: Zentrum 12 330, Mehrheitssozialisten 11 943, Deutsche Volkspartei 5 448, Demokraten 1 607, deutschnationale Volkspartei 1 188.

Hamborn: Mehrheitssozialisten 5 261, Zentrum 7 224, deutschnationale Volkspartei 1 332, Deutsche Demokraten 1 598, Deutsche Volkspartei 1 766.

Duisburg: Mehrheitssozialisten: 31 785, Zentrum 27 205, deutschnationale Volkspartei 11 213, Deutsche Volkspartei 10 694, Deutsche Demokraten 7 326.

Kreis Schwelm: Demokratische Volkspartei 5 737, Deutsche Volkspartei 5 510, Zentrum 2 381, Mehrheitssozialisten 8 194, unabhängige Sozialisten 7 454.

Düsseldorf-Stadt. (Vorläufiges Ergebnis.) Demokraten 18 700, deutschnationale Volkspartei 15 900, Zentrum 13 500, Mehrheitssozialisten 24 700, unabhängige 40 050.

Kreis-Stadt. Vorläufiges Wahlergebnis: Mehrheitssozialisten 56 817, Unabhängige 6708, Deutsche demokratische Partei 28 198, Deutsche Volkspartei 12 820, Bauerndemokratie 132, Deutschnationale Volkspartei 7783, Christliche Volkspartei 2543.

Königsberg-Stadt. Mehrheitssozialisten 45 113, Deutsche Demokraten 25 511, Unabhängige 18 900, Deutsche Volkspartei 23 423, Deutschnationale Volkspartei 7554, Christliche Volkspartei 4007. Zehn Bezirke stehen noch aus.

Sozialisierung der Kraftquellen.

Das Reichswirtschaftsamt hat Vorschläge für die Sozialisierung der Kraftquellen. Die jetzt den anderen Reichs- und Staatsbehörden zur Mitberatung zugehen, um die Energieversorgung des Reiches zu regeln und damit in neue Formen zu bringen. Es handelt sich um die einheitliche Organisation und Verwertung aller natürlichen Energiequellen, die Deutschland besitzt. Diese Energiequellen ruhen vor allem in den Brennstoffen und in den Wasserkraften, in Kohle, Torf, Erdöl und Wasser. Diese handeln sich um in Dampf, Druckluft, Gas, Elektrizität und Licht. Die in elektrische Energie und beleben damit die gesamte Volkswirtschaft. Alle diese Kräfte in gemeinschaftlichem Interesse zu organisieren und damit nicht nur die einzelnen Betriebe der deutschen Wirtschaft zu heben, sondern vor allem die Gemeinwirtschaft Deutschlands zu stärken, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Vorschläge. Es ergibt sich ohne weiteres, daß der Plan, die Kraftquellen unter einen starken, einheitlichen Einfluß zu stellen, bei dem Vertrieß der Kohle beginnt muß, weil dort der Boden am besten vorbereitet ist. Auf dem Gebiete der Produktion und des Verbrauchs werden die zu ergreifenden Schritte langsame und vorsichtige gemacht werden müssen.

Für eine staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft ist die Zeit ebenfalls längst reif. Die Aufgaben der Elektrizitätsversorgung sind noch nicht beendet. In manchen Gewerbebetrieben, im Eisenbahnbetriebe und in der Energieversorgung des platten Landes liegen noch große Gebiete, die vom Standpunkte gesunder nationaler Energiepolitik der Elektrizität zufallen müssen. Die Aufgabe des Reiches ist, die gesunden Kräfte in der bisherigen Entwicklung der Elektrizitätsversorgung mit allen Mitteln zu fördern und die ungeordneten Erscheinungen planmäßig zu beseitigen. Eine Handhabung dazu kann die Einführung des Genehmigungszwanges für Starkstromanlagen geben. Das Reichsgebiet wird in organisch abgegrenzte Versorgungsbezirke eingeteilt. In jedem Bezirk schließen sich die Starkstrombetriebe unter dem regierenden Einfluß des Reiches und der Bundesstaaten geschäftlich und betrieblich zusammen. Sobald die einzelnen Geschäftsbetriebe die zugehörigen Netze durchlaufen sind, wird auch darüber für die Deszendenz weiterer berichtet werden. Die endgültige Einteilung der Versorgungsbezirke dürfte den obersten Parlamenten des Reiches und der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Ein Geburtstagswunsch an den Kaiser.

Die Deutsche Volkspartei hat zum Geburtstag des Kaisers folgendes Telegramm abgeschickt: An Seine Majestät den Kaiser Wilhelm, Amerongen Holland. Ew. Majestät sendet die Deutsche Volkspartei zum 60. Geburtstag ehrfurchtsvolle Glückwünsche. Wir wünschen in Dankbarkeit die Taten, die Ew. Majestät getreu dem Anspruch „Kaisertum ist Dienst am deutschen Volke“ in mehr als dreißigjähriger Tätigkeit für das Deutsche Reich und das Deutsche Volk geleistet haben. In Erinnerung an die ersten Worte des alten national-liberalen Parteiprogramms „Unverbrüchliche Treue für Kaiser und Reich“ wünschen wir, welche große Zeit Deutsch-

land und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durchlebt haben. Wir wünschen Ew. Majestät von ganzem Herzen einen friedlichen Lebensabend und bitten, davon überzeugt zu sein, daß Millionen Deutscher mit uns auch unter den neuen Verhältnissen noch auf neuer Grundlage des Staatslebens stets das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede radikale Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaiserthums und preußischen Königtums wenden werden. Staatsminister a. D. Dr. Heinze, Oberpräsident Dr. von Richter, Dr. Stresemann.

Eine Geburtstagsadresse für Kaiser Wilhelm II., die der „Reichshof“ in Berlin ausgelegt, hat in wenigen Tagen 132 000 Unterschriften von deutschen Männern und Frauen aus allen Berufsständen und allen Gauen gesammelt. Die Briefe zur Einfindung weiterer Unterschriften ist bis zum 31. Januar verlängert worden. Der Wortlaut der Jubilationsschuldung wurde gestern dem Kaiser telegraphisch übermittelt. Wie aus Amerongen gemeldet wird, wurde gestern aus Anlaß des Geburtstages Kaiser Wilhelms im Schloß ein Gottesdienst abgehalten, dem das Kaiserpaar mit Gefolge und die erbl. Bentinck-Familie beizuhatten.

Die rechtsstehenden Blätter widmeten dem Kaiser zu seinem geistigen Geburtstag herzliche und warme Beiträge. Der „Volks-Anzeiger“ u. a.: Ueber sein Haupt hat der Kaiser einen ganzen Welt das Damoklesschwert eines Strafgerichts aufgehängt, dessen Notwendigkeit erdostet werden soll, damit der beabsichtigte Judasmod der Welt als eine Tat der Gerechtigkeit erscheine. Es ist nicht unmöglich, daß die Feinde am 60. Geburtstag ihres gestifteten Feindes den Faden dieses Damoklesschwertes zerreißen. Der „Sozial-Anzeiger“ erklärt in seinen weiteren Ausführungen, daß man am heutigen Tage in Deutschland des Kaisers in Liebe und Verehrung gedenke und daß die 30 Jahre, während denen der Kaiser die Krone trug, mit allen ihren reichen Segnungen durch kein Urteil ihres Glanzes beraubt werden könnten. Wir können, so fügt das Blatt hinzu, in unserer eigenen tiefen Not einen anderen Trost zum heutigen Tage bieten, als den, daß es noch Millionen von deutschen Herzen gibt, die empfinden, daß die fürstliche Anklage, die gegen ihn erhoben wird, nur die Schuld der Ankläger verbleibt und die Bestrafung des deutschen Volkes, das man der Missethat bezichtigt, rechtfertigen soll, aber vor dem Tribunal der Weltgeschichte nicht bestehen kann.

Forderungen der preussischen Gemeindebeamten und Gemeindeangestellten.

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Preussens (C. B.) gibt folgende Forderungen der Gemeindebeamten und -angestellten bekannt. 1. Volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Gemeindebeamten mit den übrigen Staatsbürgern. Das Recht der Gemeindebeamten auf politische Freiheit, auf das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht in Reich, Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde und auf freie Meinungsäußerung ist gesetzlich festzulegen. Falls die Gemeindebeamten durch Vorlesung nach dem durch die Umwälzung geschaffenen Wahlverfahren an Gemeindefunktionen durch das Vorlesung sicher gestellt werden. 2. Keinerlei Beschränkung des Berufs, Versammlungs- und Vertretungsrechts. Der Zusammenstoß in Berufsvereine und dieser in Beamtenverbände darf in keiner Weise verhindert werden. Sie müssen als die geordnete Vertretungen der Beamten und ihrer Verbände behördlich anerkannt werden. 3. Schaffung einer gesetzlich gewährleisteten Vertretung der Beamten durch Beamtenausschüsse und Beamtenkammern; Beseitigung von ständigen Beträgen aus der Gemeindeorganisation im Ministerium des Innern für alle Beamten- und Gemeindefragen. Schaffung eines Reichsamts für Beamtenfragen; Gewährleistung des Rechts der Mitbestimmung an der Gestaltung der Lebensverhältnisse der Gemeindebeamten. 4. Schaffung eines neuen, den Anforderungen entsprechenden kommunalbeamtenrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Gemeindebeamten bei voller Wahrung ihrer wohlverordneten Rechte, insbesondere der Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. 5. Grundfällige Beseitigung der Gemeindebeamten mit den unmittelbaren Staatsbeamten in Bezug auf Anstellung, Beförderung und Versorgung. Wahrung des Rechts der Gemeinden und Gemeindeverbände, zu Gunsten ihrer Beamten andere Bestimmungen zu treffen. Die von den Staatsbeamten in der Gemeinde erzielten Beförderungsmöglichkeiten müssen mindestens gewährleistet werden. 6. Sofortige zehnjährige Beförderung der Beamten. Es ist zu bestimmen, daß die Beförderung der Beamten auf dem Wege der Beförderung, so daß in bestimmten, gesetzlich festzulegenden für-

Freiwillige Unfallversicherung nach Maßgabe der ausstehenden Bedingungen. Ersicht täglich mit der „Kammerer Zeitung“ (Sonderbeilage) zu dem Preis von 1.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Berlin: Kammerer Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westf. 10. Fernspr. Nr. 1.

den Zeiträumen eine Erhöhung der Dienstentlohnung um diejenigen Sätze eintritt, welche sich aus der Steigerung der Kosten für die gesamte Lebenshaltung ergeben. Bis zur Neuordnung der Gehälter nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundsätzen und festgesetzten Beträgen, deren Gewährleistung durch gesetzliche Verordnung und Umrechnung der Gehälter von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. 7. Schaffung eines zehnjährigen, die Rechte der Beamten während der Dienstzeit unter Sicherstellung entsprechender Entlohnung der Gemeindebeamten auf die Handhabung des Disziplinarverfahrens; Übertragung der Disziplinarbefugnisse auf Ehrenräte bei den zu bildenden Beamtenkammern; Beseitigung der gesamten Personalakten. 8. Aufhebung aller Beschränkungen der Freizügigkeit der Gemeindebeamten (Ruhegehalt). 9. Grundfällige Wahrung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte bei der Annahme und Wahl von Gemeindebeamten; Abschaffung der Bestimmungen über die Befähigung von Beamtenwahlen durch die Aufsichtsbehörden. Verwirklichung des Grundgesetzes: „Freie Wahl dem Bürger“. 10. Regelung des Beurlaubungs- und Anwartschaftsrechts, der Annahme- und Beförderungsvoraussetzungen im Gemeindebeamtenberuf. 11. Aufhebung der Sicherheitsleistung (Kautionspflicht) der Gemeindebeamten. 12. Gesetzliche Regelung der Unfallversicherung für die Gemeindebeamten. 13. Volle und uneingeschränkte Freiheit der Beamten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Selbsthilfe. 14. Einführung einer Beamten-Krankenfürsorge auf gesetzlicher Grundlage. 15. Sicherstellung aller Rechte und der Zukunft der Gemeindebeamten, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen von Gemeindebeamten in den gefährdeten und abzutretenden preussischen Landbestellen.

Die „Nordwestdeutsche Bundesrepublik“.

In Braunschweig trat die Konferenz für die Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik zusammen. Nach einem Referat über die politische Lage wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. befaßt, die u. a. und S. Räte Westdeutschlands verpflichten sich untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben. Nur dadurch könne das Werk der Revolution gesichert werden. Ueber die Bildung einer Bundesrepublik Norddeutschland hielt der Volksbeauftragte Dr. Dierke einen Vortrag, nach dessen Beendigung er eine Resolution vorlegte, die befaßt, daß baldmöglichst folgende sozialistische Freistaaten als Nord-Westdeutschland zu bilden seien: 1. Sachsen mit Provinz Sachsen, Altenburg und den beiden reichlichen Staaten, als Landeshauptstadt Leipzig. 2. Groß-Hildesheim; als Landeshauptstadt Erfurt, bis an die Saale und nördlich zum Harz reichend. 3. Hessen, umfassend das nördliche des Main gelegene Hessen-Nassau und Kurhessen, Landeshauptstadt Kassel. 4. Rheinland-Westfalen, als Landeshauptstadt Bielefeld. 5. Hannover mit Ostfalen, westlich bis zur Aller, als Landeshauptstadt Hannover. 6. Emdenburg. 7. Westfälischer Freistaat mit Westfalen, Bielefeld und Bielefeld, Hauptstadt Bielefeld. 8. Braunschweig-Lüneburg, südlich bis zum Südrand des Harzes, nördlich bis zur Nordsee, Cuxhaven einschließend, westlich bis zur Aller, östlich der Elbe entlang, westlich Harburg, Lüneburg einschließend, den östlichen Teil von Anhalt einschließend, Hauptstadt Braunschweig. 9. Hamburg mit Schleswig-Holstein, Hauptstadt Hamburg. 10. Die Altmark mit Anhalt und nördlicher Teil der Provinz Sachsen, Hauptstadt Magdeburg. Geht die Regierung auf die Forderungen der vereinigten westdeutschen Freistaaten nicht ein, dann erklärt sich diese Vereinigung als selbstständig und unabhängig und wird sofort mit der Entente einen Friedensabluß suchen.

Spartakistenunruhen in Wilhelmshaven.

Wolf meldet: Die Spartakisten haben in Wilhelmshaven das Standgericht errichtet, die Reichsbank, die Stationskasse und das Offizierskassino, in dem sich der Arbeiter- und Soldatenrat befindet, besetzt. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Auf der Bahnhofsstraße von Babel nach Wilhelmshaven streift sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen. Auch die Verzeigung hat sich ihnen angeschlossen. Die Unruhen haben auch nach Bielefeld und Norddamm übergegriffen. Wie aus Oldenburg berichtet wird, war es bis 11 Uhr nachts gestern unmöglich, eine Verbindung mit Wilhelmshaven zu erhalten. Man hofft aber heute früh die Fernverbindung mit Wilhelmshaven aufnehmen zu können. Die Besetzung Wilhelmshavens durch die Kommunisten sei, wie das Blatt schreibt, als eine Art Racheakt der Spartakisten aufzufassen, die sich auf dem legalen Wege der Wahlen nicht in den Besitz der Macht zu setzen vermochten.

Der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer.

Der am 25. Juli 1918 unter Mitwirkung des größten Teils der auf nationalem Boden stehenden Angehörigen und Arbeiterorganisationen, unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Behrens gegründete Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer hat aus allen Teilen lebhaftest Zustimmung erfahren. Überall wird Werbematerial verlangt. Eine große Anzahl von Organisationen der Arbeiter und Angehörigen, des Mittelstandes und der Beamten, hat sich ihm sofort freudig angeschlossen. Der Anstoß weiterer nicht beworben, sondern selbstverständlich ist der Verband völlig neutral. Er bewirkt alle Bestrebungen, die Not der Kriegsbeschädigten politisch auszubilden.

In den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer findet der Gedanke des föderalistischen Anschlusses der Berufs- und Standesvereinigungen an die Kriegsbeschädigtenorganisation und des reiblosen Einflusses aller Kräfte für dieselbe lebhaften Anklang. Eine für die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer günstige Interessensvertretung und Gestaltung der Erwerbsmöglichkeiten kann ja auch naturgemäß nur gemeinsam mit den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Berufs- und Standesvereinigungen erzielt werden.

Auch der Gedanke des Zusammenschlusses der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in eine Organisation erweist sich immer mehr als richtig. Unter den Millionen derer, die für Heimat und Volk bluten und leiden mußten und noch müssen, wird sich niemals nur einigermaßen genau bestimmen lassen, wer nun als Kriegsbeschädigter anzusehen ist oder wer nicht. Und wenn auch für die wirklich ernstlich Kriegsbeschädigten den übrigen Kriegsbeschädigten gegenüber Sonderinteressen verschiedener Art bestehen, und wenn es Interessengegenstände gibt, so läßt sich doch erst recht durch organisierten Zusammenschluß aller bei verständnisvoller Zusammenarbeit eine wirksame Interessensvertretung und ein Ausgleich etwaiger Gegensätze erzielen.

In jeder Auskunft über den Verband und zu Auskunfts- und Beratung jeder Art für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer sind die örtlichen und zentralen Leitungen der Kriegsbeschädigtenvereinigungen bereit. Auch die Reichsgeschäftsstelle des Verbandes, Berlin SW. 68, Reichstraße 9, gern bereit.

Hüte zum Umreißen
nach den modernsten Formen
werden schon jetzt angenommen.
W. Geldmacher
350 Zuh. B. Kimmel.

Auszahlung der Kriegsunterstützung.

In Zukunft findet die Auszahlung der Kriegsunterstützung nur noch am 1. und 16. jeden Monats, oder, falls einer dieser Tage auf einen Sonntag oder Feiertag fällt, am nächstfolgenden Werktag, von 8.30 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags an der Stadtkasse statt.

Die Unterstützungsberechtigten werden dringend ersucht, an den betr. Zahlungstagen zu der angegebenen Zeit zur Empfangnahme der Unterstützungsgelder zu erscheinen. Die Nichterscheißen werden am 1. jeden Monats gezahlt.

Kamen, den 27. Januar 1919.
Der Arbeiterrat: Lepke. Der Magistrat: Moeninghoff.

Petroleum- und Kerzenverteilung.

Das Januar-Petroleum wird gegen Vorlage der Belegmittelausweise und Bezahlung von 45 Pfg. pro Liter von den Kaufleuten W. Martin, Markt, und J. Radde, Weststraße, ausgeteilt.

Es entfällt auf jeden Anteil 1 Liter Petroleum.

Der Januar-Petroleumanteil ist vom Kaufmann abzurufen.

Auf die Kerzenanteile wird auf den Dezember-Anteil je 1 Kerze verabsichtigt.

Kerzen, auch die Kerzen, die auf die gelben Lebensmittelausweise verabsichtigt werden, die bis zum 1. Februar einschließlich nicht abgeholt sind, gelten als verfallen und werden nicht mehr verabsichtigt.

Kamen, den 27. Januar 1919.

Der Magistrat: Moeninghoff.

Geschäftshaus

im Mittelpunkt der Stadt zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter D. 2 an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Lieferbote oder -Botin

für die Zeitschrift „Nach Feierabend“ für Kamen und Umgebung gesucht. Kautions-Mark 100 erforderlich. Es wollen sich nur solche Personen melden, die auf eine dauernde zuverlässige Stellung Anspruch machen, Kriegsbeschädigte bevorzugt.

Heinrich Veenders,
Dortmund, Industriehaus,
Schmiedingstraße 10.

Weinet nicht an meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denn, was ich gelitten habe,
H' ich schloß die Augen zu.

Sonnabend 10 1/2 Uhr abends entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treuversorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Heinrich Ludewig

Anna geb. Krahl

im Alter von 44 Jahren.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Kamen, Landeshut, Berlin, Tannhausen, Ludwigsdorf

in Schlesien, den 25. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 30. Januar, um 4 Uhr, vom Krankenhause Kamen aus statt.

597

Nachruf!

Nach 3 1/2 jährigem tapferem Aushalten starb im Lazarett in Bad Orb den Tod fürs Vaterland unser treues Mitglied, der

Musketier

Robert Deisenroth

Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Wir werden auch diesem Turngenossen ein dauerndes Andenken bewahren.

393

Der Turn-Verein zu Kamen.

598

599

600

601

602

603

604

605

606

607

608

609

610

611

612

613

614

615

616

617

618

619

620

621

622

623

624

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652

653

654

655

656

657

Holzverkauf

Dienstag, d. 4. Febr.,

morgens 10 Uhr, läßt

Herr Landwirt C. Kne-

mann in Künse in sei-

ner zu Bergkamen, dem

Landwirt C. König in

Oberberge gegenüber-

liegenden Waldung,

40 Hekt. Eichen- und

20 Hekt. Kiefernplan-

gen zu Draht-, Baum-

pfehlen, Frechungs-

stangen und Brand-

holz dienlich, haufen-

weise, dann 50 Hekt.

sehr lang- und gerad-

stämmige Buchen und

Eichen, bis zu 40 cm

Durchmesser haltend,

zu Brett-, Bau-, Ge-

schirr-, Korb- u. Brenn-

holz geeignet, auf dem

Stamme,

durch Unvergleichliche öf-

fentlich meistbietend ge-

gen Kredit bzw. Bürg-

schaft oder Barzahlung

verkauft.

Kamen. 389

Reinhard, Gerdtis,

Aukt.

Chamotte und

feuerfeste

Steine

wieder vorrätig. 376

Carl Ascho,

Baumaterialhandlung,

Nordenmauer 37.

598

599

600

601

602

603

604

605

606

607

608

609

610

611

612

613

614

615

616

617

618

619

620

621

622

623

624

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652

653

654

655

656

Holzverkauf

Am Donnerstag,

30. Januar, vor-

mittags 10 Uhr, läßt

Herr Landwirt Beck-

schulte in Belsum in

seiner am Einwohner-

haus belegenen Wal-

dung circa 50 Hekt.

meistens gefällte, zum Teil

dom Sturm abgetrie-

bene Kottannen zu

Bauholz, Leiter- und

Leiter-Planken, sowie

sonstigem Nutzholz ge-

eignet, ferner 15 Hekt.

meistens schweres, eiche-

nes Durchforstungs-

holz, zu Kiegel- sowie

sonstigem Nutz- und

Brennholz, geeignet öf-

fentlich meistbietend ver-

kauft. Anfang bei den

Tannen. 372

Sandbohum.

Budde.

Wohnung

von 4 bis 5 Zimmern,

wenn möglich mit Stall

und Land zu mieten gesucht

Angebote unter Nr. 377

an die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung. 377

Briefkasten-Geld

u. Arbeitspapiere

am Samstag vormittags auf

dem Wege von Künse

bis Bergkamen 329

verloren.

Wiedererhält Wohnung

Zoh. Wolkowitsch,

Werne, Kamenerstr. 12.

598

599

600

601

602

603

604

605

606

607

608

609

610

611

612

613

614

615

616

617

618

619

620

621

622

623

624

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652

653

Aufruf!

Deutsches Volk, brauchst du Kolonien?

Wer kann diese Frage nach den Erfah-
rungen dieses Krieges noch hinstellen? Man
mag zu den kolonialen Eingriffen stehen wie
man will: die uns durch das Ausbleiben
kolonialer Erzeugnisse bedrückende Not empfin-
den alle, ob Kind oder Erwachsener, Familien-
vater oder Hausfrau, Handwerker oder Land-
wirt, Beamter oder Arbeiter. Erhalten wir
unsere Kolonien nicht zurück, so hängt es ganz
von dem Willen fremder Völker ab, ob wir
zu erschwinglichen Preisen auch nur die koloni-
alen Erzeugnisse erhalten können, die für
ausreichende Ernährung und